

Aus Bund und Ländern

5 200 Studienplätze

DORTMUND. Rund 4 600 von 12 600 Interessenten haben für das Sommersemester 1990 einen Studienplatz in Medizin und Zahnmedizin erhalten. Darauf hat die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hingewiesen. Noch hoffen können zusätzlich 1800 Interessenten für ein medizinisches Fach: Sie haben von den Hochschulen eine Einladung zum Auswahlgespräch erhalten. Jeder Dritte kann mit einem Studienplatz rechnen. In beiden medizinischen Studiengängen mußten alle Kandidaten neben der Abiturnote auch noch die Teilnahme am Test nachweisen. Bei der Vergabe der Plätze entschiedene Note und Testergebnis im Verhältnis 55 zu 45. EB

Umwelthygiene

FRANKFURT. Die Delegiertenversammlung der hessischen Ärzteschaft hat in ihrer jüngsten Sitzung gefordert, Umweltmedizin und -hygiene zu fördern und auszubauen. Gefordert wird konkret, vermehrt Weiterbildungsmöglichkeiten zum „Arzt für Hygiene“ zu schaffen und die entsprechenden Abteilungen an den Universitätskliniken zügig auszubauen. EB

Bundesärztekammer fordert unfallchirurgische Lehrstühle

KÖLN. Der Vorstand der Bundesärztekammer hat an den Medizinischen Fakultätentag appelliert, unfallchirurgische Lehrstühle an den medizinischen Fakultäten einzurichten. Dieser Appell geht zurück auf einen Antrag von Delegierten des 92. Deutschen Ärztetages 1989 in Berlin. Darin waren Maßnahmen

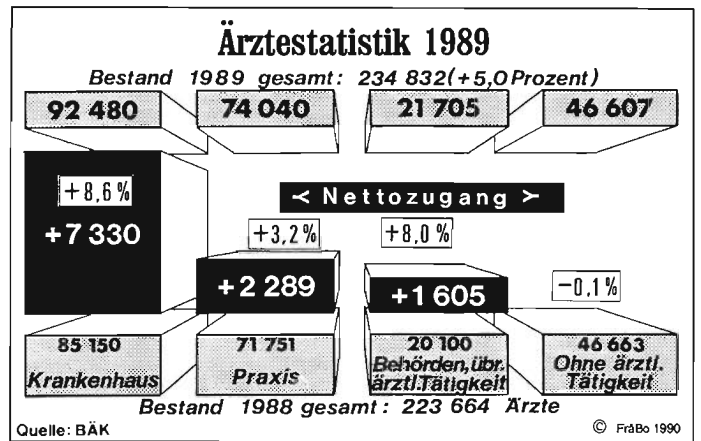
zur Förderung der Unfallchirurgie und zur Verbesserung der unfallchirurgischen Versorgung der Bevölkerung gefordert worden. Darüber hinaus sind die Landesärztekammern gebeten worden, sich für die Schaffung strukturell und organisatorisch selbständiger unfallchirurgischer Abteilungen an allen Krankenhäusern der höheren Versorgungsstufen einzusetzen (vgl. hierzu auch DÄ, Heft 7/1990, Nachrichten). EB

Krankenhäuser: Qualität im Vordergrund

BONN. Die Bundeskrankenhauskonferenz, der die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche Berufsverband für Krankenpflege, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände, der Verband der Krankenhausdirektoren, der Marburger Bund und der Verband der leitenden Krankenhausärzte angehören, hat sich nachdrücklich hinter die Durchführung von externen Qualitätssicherungsmaßnahmen als eine Pflichtaufgabe der Krankenhäuser gestellt. Solche Maßnahmen sind im am 1. Januar 1989 in Kraft getretenen „Gesundheits-Reformgesetz“ vorgesehen; die Finanzierung erfolgt über die Pflegesätze.

Die Konferenz appellierte an die Landesverbände der Krankenkassen und die Landeskrankenhausgesellschaften, die nach dem SGB V vorgesehenen *zweiseitigen Verträge* beschleunigt abzuschließen, damit neben den bereits bundesweit etablierten externen Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Röntgendiagnostik sowie in der Laboratoriumsdiagnostik weitere Gebiete folgen können.

Die Konferenz verweist auf vertragliche Abkommen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg, bei denen auch die Ärztekammern einbezogen werden. In diesen Kammerbereichen gibt es Qualitätssicherungs-



Gegenüber 1988 erhöhte sich die Anzahl der bei den Landesärztekammern registrierten Ärzte um 5 Prozent; sie betrug am 31. Dezember 1989 234 832. Am stärksten wuchs die Zahl der Krankenhausärzte, und zwar um 8,6 Prozent; die Zahl der Ärzte, die ihren Beruf nicht ausübten, ging leicht – um 0,1 Prozent – zurück. In den Zahlen sind die „Ärzte im Praktikum“ (AiP) enthalten; ohne sie ergeben sich abweichende Veränderungsdaten: bei den Kammerangehörigen insgesamt ein Plus von 0,2 Prozent und bei den berufstätigen Ärzten ein Zuwachs von 1,2 Prozent; Krankenhausärzte – 0,5 Prozent, niedergelassene Ärzte + 2,3 Prozent, Ärzte bei Behörden oder mit sonstiger ärztlicher Tätigkeit + 4,1 Prozent und bei Ärzten ohne ärztliche Tätigkeit ein Minus von 3,2 Prozent

abkommen für die Bereiche Perinatalogie, Neonatologie und Chirurgie. Es sei aber unabdingbar, daß medizinische Fachgesellschaften mitwirken, praxisreife Verfahren zu entwickeln und für weitere Disziplinen schrittweise einzuführen. In einigen Bundesländern gebe es Modelle, die übertragbar seien. EB

Medikamente in die DDR frei

BONN. Ab sofort können *alle* in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Arzneimittel als Geschenk in die DDR verschickt werden. Die Liste, mit der die DDR bislang Sendungen eingeschränkt hatte, ist gegenstandslos geworden. Auf diese neue Vereinbarung hat Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr in Bonn hingewiesen. Zusätzlich ist es nicht mehr erforderlich, der Sendung ein Rezept eines DDR-Arztes beizufügen. Die Arzneimittel müssen auch nicht mehr getrennt verschickt, sondern können jedem Geschenkpaket beigelegt wer-

den. Außerdem können Medikamente zukünftig auch ohne jegliche Beschränkung im Reiseverkehr transportiert werden. EB

Mehr Hebammen und Krankenschwestern

BONN. Auf die Chancen, die sich Frauen in Pflegeberufen bieten, hat Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr hingewiesen. Vor allem gut ausgebildete und zeitlich flexible Pflegekräfte hätten in der Regel die Wahl zwischen verschiedenen Stellen. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen erheblich vergrößert: Waren im März 1980 286 900 beschäftigt, so waren es im März 1989 400 400. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten unter ihnen stieg im gleichen Zeitraum von 10 auf 16 Prozent. Allerdings ist die Situation hier angespannt: Auf dem gesamten Arbeitsmarkt werden zehnmal so viel Teilzeitstellen gesucht wie angeboten. WZ